

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

24. März 1950

Blatt 613

Die Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat

=====

24. März (Rath.Korr.) Im letzten Teil der Budgetverhandlungen im Wiener Gemeinderat referierte noch gestern, Donnerstag, spätabend amtsführender Stadtrat Dr. Exel über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen. Nach einem kurzen Rückblick und einer Schilderung der Schwierigkeiten, die in den Jahren nach dem Kriege zu überwinden waren, sprach Stadtrat Dr. Exel zu den Wirtschaftsplänen der Wiener Stadtwerke. Er hob hervor, daß die Stadtwerke von dem Standpunkt, die Kosten der Kriegsschäden nur aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten, abgegangen sind. Man habe den Weg von Kreditoperationen beschritten. Die Elektrizitätswerke erhielten einen ERP-Kredit von 13 Millionen Schilling zugesichert, von denen 2.8 Millionen bereits behoben wurden. Die Bedingungen sind, wie für alle energiewirtschaftlichen Betriebe, 3 Prozent Verzinsung pro Jahr. Das Darlehen wird auf 10 Jahre gegeben. Auch die Wiener Gaswerke haben einen Kredit von 6 Millionen angesprochen. Ebenso haben die Verkehrsbetriebe aus den Mitteln des Wiederaufbaufonds Darlehen zum Zwecke des Wiederaufbaues kriegsbeschädigter Werkwohngebäude ihrer Bediensteten in einem Ausmaß von 3,676.000 Schilling in Anspruch genommen.

Es war möglich, eine kleine Verringerung des Personals der Stadtwerke vorzunehmen, obwohl bei den Verkehrsbetrieben ein kleiner Personalzugang eingerechnet werden mußte. Die Körperschaftssteuer und die Steuer vom Gewerbeertrag sind nicht präliminiert, weil der Erfolgsplan 1950 mit einem Gebarungsabgang endet.

Die Stadtwerke haben eine Gesamteinnahme von 887 Millionen Schilling ausgewiesen, denen Ausgaben von 597,3 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Der Gebarungsabgang wird in folgender Weise gedeckt: Das Gelderfordernis für die geplanten Investitionen ist bis . . . ; zu rund 91,5 % gedeckt. Der Rest im Betrage von 32,5 Millionen Schilling wird durch Kreditoperationen gedeckt werden müssen. Zum Ausgleich der vorläufig als Fehlbetrag des Finanzplanes auszuweisenden Summe wird eine vorläufige Sperre von Investitionen zu verfügen sein, die nach Maßgabe der im Jahre 1950 tatsächlich verfügbaren Mittel, beziehungsweise allenfalls zu erlangenden ERP-Darlehen aufzuheben ist.

Bei den Elektrizitätswerken sind für das Wirtschaftsjahr 1950 850 Millionen kWh Stunden veranschlagt. Wien wird im Jahre 1950 einen weit größeren Prozentsatz an Strom aus eigener Erzeugung als voriges Jahre zur Verfügung stellen können. Im Jahre 1949 entnahmen die Elektrizitätswerke 63 % aus dem Verbundnetz und konnten nur 37 % aus eigenen Werken gewinnen. Diese 37 % werden sich im Jahre 1950 auf 48 % erhöhen. Die Einnahme aus der Stromabgabe wird mit ca 300 Millionen Schilling präliminiert. Am 31. Dezember 1937 betrug die Stromabgabe 1,964.000 kWh, im November 1945 2,246.000 kWh und im Dezember 1949 3,433.000 kWh.

Von den Gaswerken wird die für 1950 zu veranschlagende Gasabgabe bei einer sinkenden Tendenz mit 337 Millionen m³ angenommen. Dieser Ansatz ist um 13 Millionen m³ kleiner als 1949. Der Gesamtbedarf an Mischgas wurde für 1950 mit 385,5 Millionen m³ veranschlagt, im Jahre 1949 waren es 370 Millionen. Aus der veranschlagten Gasabgabe ergibt sich eine Einnahme von 158 Millionen Schilling.

Im Dezember 1937 ergab sich ein Verbrauch an Stadtgas von 1,38 Millionen, im Dezember 1945 von 767.000 und im Dezember 1949 von 1,5 Millionen m³. Die Statistik der Gasunfälle zeigt erfreulicherweise eine absteigende Linie. Tödliche Unfälle waren im Jahre 1947 noch 489, im Jahre 1949 nur mehr 121.

Die Verkehrsbetriebe rechnen mit einer sinkenden Beförderungsleistung. Es werden 520 Millionen beförderte Personen veranschlagt. Als Einnahme ist eine Summe von 303,4 Millionen Schilling aus der Personenbeförderung präliminiert. Die derzeitige Frequenz kann mit 574 Millionen Fahrgästen angenommen werden. Im Jahre 1937 wurden lediglich 490 Millionen Fahrgäste befördert.

Dabei verfügten die Verkehrsbetriebe 1937 noch über 3.404 Wagen, derzeit nur über 2.283.

An Investitionen sind bei den E-Werken rund 119 Millionen sicherzustellen, bei den Gaswerken sind 55 Millionen Schilling vorgesehen. Bei den Verkehrsbetrieben sind rund 59 Millionen für Neuanschaffungen und Ersatz, rund 60 Millionen für die Behebung von Kriegsschäden vorgesehen. Unter letzteren sind hervorzuheben der Wiederaufbau der Großgarage Engerthstraße, für 90 neue Beiwagen 7,5 Millionen und für den Umbau der 40 gebrauchten Triebwagen aus den USA rund 2 Millionen. Unter den Neuanschaffungen ist der Umbau des Bahnhofes Wienzeile für die Aufnahme der amerikanischen Triebwagen besonders hervorzuheben.

Das Städtische Brauhaus weist einen Bierausstoß im Jahre 1949 von 135.000 hl aus. Dem Präliminare nach wird er heuer möglicherweise höher sein. Für Neuinvestitionen sind insgesamt rund 3 Millionen Schilling vorgesehen. Zusätzliche fremde Mittel werden voraussichtlich für Investitionszwecke nicht erforderlich sein.

Zum Wirtschaftsplan der "Gewista" hebt Stadtrat Dr. Exel das Bestreben hervor, das kulturelle Niveau der "Galerie der Straße" zu heben. Die "Neue Wiener Tageszeitung" habe eine ständige Kritik dieser sich auf der Straße anbietenden Kunstwerke, die die Plakate sein sollen, geschaffen. Der Gärungsüberschuß ist mit rund 300.000 Schilling angenommen, die vorgesehenen Investitionen im Ausmaß von 150.000 Schilling sind in den Kassenbeständen gedeckt.

Der Wirtschaftsplan der Städtischen Bestattung ist auf der Tatsache erstellt, daß ein weiterer Rückgang der Sterblichkeit anhält. Bei vorsichtiger Kalkulation wurde ein Jahresgewinn von 100.000 Schilling angenommen.

Der Berichterstatter schließt mit einem Dank an alle seine Mitarbeiter für die hervorragenden Leistungen und hebt hervor, daß bei den Bediensteten und Angestellten der Unternehmen ein sich fruchtbar auswirkender Leistungsehrgeiz zu erkennen sei, der im Zusammenhalt mit Tüchtigkeit und Erfahrungen die Aufrechterhaltung und Modernisierung gewährleistet.

Stadtrat Dr. Exel richtet an sie die Bitte, die begonnene Tätigkeit in diesem Sinne fortzusetzen und schließt daran einen weiteren Dank an die Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses. (Lebhafter Beifall.)

Seine Anträge faßte er dahin zusammen: der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1950 wird genehmigt. Der Fehlbetrag des Finanzplanes von 32,555.800 Schilling wird durch eine vorläufige Sperre von Posten des Investitionsplanes in gleicher Höhe ausgeglichen. Der Amtsführende Stadtrat für das Finanzwesen wird ermächtigt, diese Sperre von Investitionen ganz oder teilweise aufzuheben. Die Wirtschafts-, Investitions-, und Finanzpläne des Brauhauses der Stadt Wien, der "Gewista", städtische An kündigungsunternehmen sowie der Städtischen Bestattung für das Wirtschaftsjahr 1950 werden genehmigt.

Als erster Redner in der Debatte spricht GR. Wicha (WdU). Er vergleicht einleitend das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Bediensteten bei den städtischen Unternehmungen, das 10.985 S beträgt, mit dem bei der übrigen Verwaltung, das nur 10.524 S ausmacht.

Der WdU stehe auf dem Standpunkt, daß durch die Einführung eines Kurzstreckentarifs ein Ausgleich für die von den Verkehrsbetrieben angenommene Abnahme von 30 Millionen Fahrgästen in diesem Jahr gefunden werden könnte. Sollte es aber im allgemeinen nicht durchführbar sein, den Kurzstreckentarif während des ganzen Tages einzuführen, so sollte man doch untersuchen, inwieweit es möglich wäre, ihn für die verkehrssarmen Zeiten heranzuziehen. Er trat dann besonders dafür ein, daß darauf gesehen werde, daß die Schaffnerinnen und Schaffner, soweit es noch nicht der Fall ist, die Fahrgäste entgegenkommender und liebenswürdiger bedienen. Mangelhaft ist es noch mit der Auskunfterteilung bestellt. Das Personal müßte in dieser Hinsicht besser geschult werden.

Der Redner bemängelt, daß die Städtische Bestattung und das Brauhaus der Stadt Wien keine Erläuterungen zum Wirtschaftsplan vorlegten und die Gewista, das Brauhaus der Stadt Wien und die Städtische Bestattung keinen Personalstand ausweisen. Dem Gemeinderat fehlen somit Vergleichsmöglichkeiten mit Personalständen analoger privater Unternehmungen.

Schließlich dankt der Redner sowohl den Beamten wie auch dem Amtsführenden Stadtrat für den unverkennbaren Aufstieg, den die Unternehmungen der Stadt Wien zu verzeichnen haben.

Zu den Ausführungen des GR. Bock, der erklärte, Wicha hätte in einer Versammlung im 13. Bezirk den Wiener Bürgermeister angegriffen, gab der Redner folgende Erklärung ab: Ich weiß nicht, wer die Informatoren des Herrn GR. Bock waren. Ich muß aber hier feststellen, daß diese Informationen nicht der Wahrheit entsprechen. (GR. Maller: Feigling! Stehen Sie zu Ihren Worten! - Weitere Rufe und Gegenrufe.) Sie werden nie erleben, daß ich ein Wort über den Herrn Bürgermeister, den ich als Repräsentanten dieser Stadt anerkenne, sage! (Weitere Zwischenrufe.)

GR. Dr. Soswinski (LBl.) gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Provokation der WdU während der Debatte zur Geschäftsgruppe X durch das gemeinsame Auftreten des Gemeinderates zurückgewiesen wurde.

Die Wirtschaftspläne, die über die Städtischen Unternehmungen vorliegen, bezeichnet er als völlig unzulänglich und als Verschleierung der wirklichen Gebarungen. Seine Fraktion habe bereits im Dezember 1948 anlässlich der Vereinigung der drei Monopolbetriebe zu den Wiener Stadtwerken hingewiesen, daß man diese Vereinigung nicht dazu benutzen dürfe, dem Gemeinderat Einzelheiten aus der Gebarung dieser Unternehmungen vorzuenthalten. Er richte daher an StR. Dr. Exel die Anfrage, wie groß der Gewinn des Gaswerkes im Jahre 1948 war, den die Steuerbehörde als Berechnungsgrundlage für die Körperschaftssteuer genommen hat; ferner wie groß der Reingewinn nach den gleichen Grundsätzen berechnet, für das erste Halbjahr 1949 war. Besonders aufklärungsbedürftig wären auch die außerordentlichen Aufwände und Erträge. Der Redner ersucht auch um die Bekanntgabe der vorläufigen Abschlußposten der anderen Werke.

GR. Dr. Soswinski regte die Einführung von Arbeitslosenfahrtscheinen ab. Er kritisierte ferner das Verhältnis des Haushaltsstromes zum Industriestrom.

Die Pauschalabgabe von Gas bezeichnet Dr. Soswinski als eine Katastrophe für die davon Betroffenen. Der Redner stellte in diesem Zusammenhang fest, daß die Gemeinde bisher nur so wenig Gasmesser bekommen hat, weil diese exportiert wurden und man dafür aus der Türkei Tabak eingeführt hat.

Der Redner beschäftigte sich dann mit einer Äußerung von GR. Dr. Stemmer über die Orop und führte als Entgegnung drei andere Firmen an, deren Aufsichtsräte durchwegs Franzosen, Engländer, bzw. Amerikaner sind. (GR. Jirava: Alle soll der Teufel holen! - Große Heiterkeit. - Stadtrat Resch: Das sind aber keine österreichischen Firmen!)

Schließlich forderte der Redner für die Bewohner der Randsiedlungen eine ordentliche Elektrizitätsversorgung durch Kabelleitungen und nicht durch Freileitungen, die oft Störungen unterworfen sind.

Dann beschäftigte sich GR. Dr. Soswinski eingehend mit der Anschaffung amerikanischer Triebwagen. Er rechnete vor, daß der Stromverbrauch dieser Wagen 6 mal so hoch käme, als der eines normalen Dreiwagenzuges und daß jeder Amerikanische Triebwagen die Gemeinde Wien bisher 300.000 S gekostet hat.

Zum Abschluß seiner Rede **bezeichnete er die Budgetverhandlungen** über die Städtischen Unternehmungen als eine Herabwürdigung des Gemeinderates zu einer Generalversammlung einer Aktiengesellschaft und betont, daß seine Fraktion den Ansätzen nicht die Zustimmung erteilen könnte.

Der Vorsitzende GR. Marek fordert daraufhin GR. Dr. Soswinski auf, bei seiner Kritik das Maß der Äußerungen nicht zu überschreiten. Der Wiener Gemeinderat könne nicht mit irgendwelchen organisatorischen Körperschaften der Wirtschaft verglichen werden.

Als nächster Redner spricht GR. Mazur (ÖVP). Er stellte fest, daß zum ersten Mal seit der Befreiung die Städtischen Unternehmungen freundlichere Wirtschaftspläne vorlegen. Es müsse dabei aber bedacht werden, daß alle Bilanzen nur fiktive sind. Trotzdem könne man sich freuen, daß die Kriegsschäden im großen und ganzen behoben wurden. Wo dies noch nicht der Fall ist, werde dies im laufenden Jahr geschehen. Man komme also dem Zeitpunkt näher, wo man Investitionen nicht zur Behebung von Kriegsschäden, sondern zur Wertvermehrung und Verbesserung machen kann. In diesem Zusammenhang regte der Redner an, den Anleiheweg zu beschreiten.

Der Redner begrüßt unter dem Beifall seiner Parteigenossen die Anschaffung der 42 preiswerten amerikanischen Motorwagen und die Bestellung von 50 zweiachsigen Triebwagen. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf ein Programm zur Reparatur und Neubeschaffung von Triebwagen und auf die Notwendigkeit einer modernen Reparaturwerkstätte, da die derzeitige Hauptwerkstätte der Verkehrsbetriebe technisch und sanitär völlig unzulänglich ist. Er erbittet Auskunft über den Ausbau der Energiequellen und hält es für an der Zeit, daß Wien, dem Beispiel anderer Bundesländer folgend, ein Landesenergiegesetz beschließe. Die Kardinalfrage der Wiener Stadtwerke ist die Kohlenversorgung. Auch hierüber möchte der Redner vom Amtsführenden Stadtrat Auskunft. Er spricht die Genugtuung darüber aus, daß es den Gaswerken gelungen ist, wenigstens einen Großteil der Gasrohre in Österreich zu beschaffen und tausende Gasometer beizustellen, so daß die Zahl der pauschalierten Gasabnehmer auf rund 23.000 gesunken ist. Er regt die Schaffung einer gemeindeeigenen Versicherung für die Stadtwerke an und hebt hervor, daß es hinsichtlich der im Gang befindlichen Umspannung des Stromes nunmehr gelungen ist, die ärgsten Härten zu mildern und die Kosten erträglich zu gestalten. Er spricht sich gegen die Einhebung von Mehrgebühren bei den privaten Haushalten für Strom und Gas aus und schließt mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß die Wiener Stadtwerke auch weiterhin sozial und wirtschaftlich vorbildlich geführt werden, damit sie ihrer Aufgabe vollkommen entsprechen, Diener an der Wiener Bevölkerung zu sein. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Sigmund (SPÖ): In dem Kreis dieser großen Unternehmungen steckt ein so ungeheurer Wert an Volksvermögen, daß man sich nur wünschen kann, es möge dieses Problem von vielen Menschen so sachlich behandelt werden, wie dies der Amtsführende Stadtrat getan hat. Ich bin der Meinung, daß man wirtschaftliche Fragen nicht unbedingt von der politischen Seite her betrachten muß, sondern daß man gleiches Maß für gleiche Leistung anlegen soll.

Wenn es in kommunalisierten Betrieben wie den Wiener Stadtwerken Angestellte, Arbeiter und leitende Personen gibt, die mit solcher Hingabe Erfolg um Erfolg erringen, obwohl sie nicht unter der Fuchtel des Privatunternehmers stehen, dann frage ich: Warum können nicht auch Arbeiter und Angestellte in verstaatlichten Betrieben dieselben Erfolge erringen? (Lobhafte Zustimmung bei der CPÖ.)

Es hat einmal in diesem Haus ein sehr heftiger Kampf getobt, ob der soziale Wohnhausbau zu den Aufgaben einer Gemeindeverwaltung gehört oder nicht. In der Zwischenzeit haben sich die Vertreter der zweiten Regierungspartei zu dieser Auffassung bekannt. Ich will hoffen, daß auch in der Frage der verstaatlichten Betriebe eine ähnlich Erklärung folgen wird.

Unsere Meinung geht dahin, daß wir ERP-Mittel, soweit wir ihrer habhaft werden können, für den Ausbau der städtischen Unternehmungen in jedem Maße in Anspruch nehmen sollen.

Der Anteil an Strom, der in eigenen Betrieben erzeugt wird, ist im Verhältnis zu dem großen Anteil an Fremdstrom verhältnismäßig gering. Unsere Anstrengungen müssen daher darauf gerichtet sein, hier durch den Bau von Wasserkraftwerken eine Besserung herbeizuführen.

Die Entwicklung im Elektrizitätswesen drängt dazu, daß der Anteil der Stromerzeugung aus Wasserkraften, weil diese billiger ist und sich Ersparnisse ergeben, immer größer werden muß und die kalorischen Werke bloß die Wächter der Sicherheit für die Großstädte für den Augenblick sind, da Naturkatastrophen eine Störung in der Versorgung dieser Werke hervorrufen könnten.

Die Leitung der Stadtwerke müßte rechtzeitig auch dafür sorgen, daß der Verbrauch in bestimmte Bahnen gelenkt wird. Sofern man die Stromkosten senken kann, wäre es durchaus möglich, die Technik in den Diensten unserer Hausfrauen zu stellen. Die wenigsten Wiener Haushalte haben zum Beispiel Kühlschränke und an der Waschküche scheint die Technik spurlos vorbeigegangen zu sein. Die modernen Errungenschaften der Technik sollten eine Hilfe auch für unsere schwerköpfigen Hausfrauen sein; das wäre eine dankenswerte Aufgabe. (Beifall bei den Sozialisten.)

Die Sozialistische Partei steht zu dem Gedanken des kommunalisierten Betriebes, in Konsequenz dazu auch zu den verstaatlichten Betrieben. Auch in diesen Betrieben wird sich zeigen, daß das Zusammenarbeiten zwischen den arbeitswilligen Arbeitern und Angestellten, den leitenden und ausführenden Funktionären Leistungen vollbringt, die auch die leitenden Faktoren veranlassen wird, ein ähnlich hohes Lied der Arbeit zu singen wie der Amtsführende Stadtrat.

Die Sozialistische Partei wird für die Ansätze stimmen.
(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

GR. Dr. Altmann (LBl.) befaßt sich mit der Frage des Personals in den Städtischen Unternehmungen. Die bestehende Vielfalt des Gehaltsschemas wirke sich für jene Gruppe von Arbeitern, die nun zu Beamten der Stadt Wien geworden sind, nachteilig aus und verwirre die Verhältnisse. Mit Recht verlangen daher die städtischen Angestellten, insbesondere die Angestellten der Städtischen Unternehmungen, die Vereinheitlichung des Schemas, wobei selbstverständlich garantiert werden muß, daß die Anfangsgehälter eine Höhe erreichen, die eine Existenz ermöglicht. Man muß im Zuge der Nachziehung, die mit Recht gefordert wird, zu Gehältern kommen, die mindestens dem Vierfachen - Schilling gleich Schilling - der Gehälter entsprechen, die im Jahre 1937 gezahlt haben. Auch das wird für den Großteil der städtischen Angestellten und insbesondere der Angestellten der Städtischen Unternehmungen noch keine Bevorrechtung bedeuten. Vielleicht ist es nicht günstig, im Bereich der Wiener Gemeindeverwaltung verschiedene Sätze zu haben, eine Angestelltengruppe an sich günstiger zu stellen, das Drängen von einer Gruppe in die andere zu verstärken. Das aber ist nur eine Begründung mehr dafür, daß eine Vereinheitlichung des Schemas für alle städtischen Angestellten stattfinden soll.

Der Redner wendet sich sodann dem Problem der "fallweisen Bestattungsarbeiter" beim Bestattungsunternehmen zu. Man sollte meinen, daß es sich hier um Menschen handelt, die gelegentlich einmal beschäftigt werden. So ist das aber nicht, sondern sie sind "fallweise ständig" beschäftigt.

Darunter gibt es solche, die es seit 25 Jahren sind. Bei der Mehrzahl von ihnen ist das der Hauptberuf. Ihr monatliches Nettoeinkommen beträgt, wie aus einer Reihe von Lohnstreifen hervorgeht, zirka 260 Schilling. Das ist für die Stadt Wien unwürdig und eine Schande. Die "ständig fallweise Beschäftigten", die im wesentlichen hauptberuflich beschäftigt sind, müßten entlohnt werden, wie es einem ordentlichen Arbeitsverhältnis entspricht.

GR. Dipl.Ing. Rieger (ÖVP) wendet sich an die Vorredner vom Linksblock und stellt fest, daß die Minderheit in diesem Gemeinderat sehr schlecht informiert ist, weil sie sich darauf beschränkt, immer das Schlechte zu suchen.

Der Redner gab seiner ~~Son~~gunstung Ausdruck, daß GR. Sigmund Stadtrat Dr. Exel für seine vorbildliche Geschäftsführung gedankt hat. Zu dem von GR. Sigmund berührten Problem der Verstaatlichung und der Kommunalisierung präziserte er den Standpunkt der Volkspartei dahingehend, daß sie in diesen Fragen keinen doktrinären Standpunkt einnimmt, sondern immer das Vernünftige zu tun versucht.

Als Beispiel für die günstigen Auswirkungen des sogenannten Investplanes, der von Dr. Soswinski angegriffen wurde, führte der Redner die Wiederherstellung der Kesselanlage im E-Werk Simmering an.

Im Bezug auf die Ausführungen von GR. Sigmund betonte der Redner, daß man glücklich sein müßte, in Österreich so viele kalorische Werke zu haben. Auch in der Zukunft wird es notwendig sein, zur Spitzendeckung kalorische Stützpunkte gerade in den Verbrauchszentren zu haben.

Der Redner hob auch hervor, daß sich die E-Werke von ausländischer Kohle unabhängig gemacht haben und inländische Braunkohle mit Erfolg verwenden. Er stellte in diesem Zusammenhang an den Amtsführenden Stadtrat die Frage, wie man sich den Ausbau der kalorischen Werke in Wien weiter vorstellt, besonders in Hinblick auf Fernheizungskraftwerke.

Dr.

Zu den Ausführungen des GR./Soswinski über die amerikanischen Triebwagen stellte der Redner fest, daß es der billigste und beste Einkauf war, den es in den letzten Jahren überhaupt gegeben hat.

Wenn Dr. Soswinski bemängelt hat, daß diese Wagen den sechsfachen Stromverbrauch haben, so müsse man feststellen, daß auch die neuen inländischen Triebwagen diesen Stromverbrauch gehabt hätten, weil sie eben über stärkere Motore verfügen. "Sie werden", sagte der Redner zu Dr. Soswinski gewendet, "den Zug der Technik mit Ihren demagogischen Reden nicht aufhalten können!" (Beifall.)

Der Redner regte auch an, im Zug der allgemeinen Verkehrsmodernisierung in Wien die Geleise der Straßenbahn in vernünftiger Weise zu verlegen.

Zum Fahrplan der Verkehrsbetriebe stellte er fest, daß die Angestellten der Verkehrsbetriebe unter der übergroßen Intensivierung des Dienstes zu leiden hätten. Die Einteilung sei für das Fahrpersonal etwas zermürbend. Daraus resultieren aber viele Beschwerden, wie über zu frühes Abläuten, das Geleitzugfahren u.a. Er richtete daher an StR. Dr. Exel das Ersuchen, sich in Bezug auf den Fahrplan mit den Verkehrsbetrieben zu besprechen. In diesem Zusammenhang gab der Redner seiner Freude über das Werkwohnungsprogramm der Verkehrsbetriebe Ausdruck.

Zum Abschluß seiner Ausführungen gab der Redner namens seiner Partei die Zustimmung zu den Ansätzen dieses Budgets.

Amtsführender Stadtrat Dr. Exel erklärt auf die Ausführungen des GR. Wicha, betreffend Einführung des Kurzstreckentarifes, es sei ganz unmöglich, eine Teilung in verkehrsreiche und verkehrsarme Zeiten vorzunehmen und den Kurzstreckentarif auf diese Weise unbedingt einzuführen.

Zu den Bemerkungen des GR. Dr. Soswinski führt er aus: Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Anschaffung der 42 amerikanischen Triebwagen als ein ausgezeichnetes Geschäft für die Verkehrsbetriebe zu bezeichnen ist. Wenn gesagt wird, daß diese Wagen viel Strom brauchen, ist dem entgegenzuhalten, daß der Stromverbrauch in dem Budget eines Verkehrsbetriebes die geringste Auslage ist und daß in Zukunft überhaupt daran gedacht ist, auf vierachsige Triebwagen überzugehen. Die bestellten 50 Zweiachser sollen überhaupt die letzten sein, die in Betrieb genommen werden.

Von Dr. Soswinski wurde noch über den Mangel an Planung und darüber gesprochen, daß der hydraulische Ausbau zu wünschen übrig lasse und alle Kräfte darauf verwendet werden, den hydraulischen Ausbau im Osten zu forcieren. Wenn es möglich sein sollte, einen Stellungswechsel zu vollziehen, so daß die hydraulischen Kraftwerke im Westen zu uns nach dem Osten kommen, will ich diesen Plan Dr. Soswinski's ganz besonders unterstützen.

Hinsichtlich der Wünsche der kommunistischen Fraktion, betreffend verschiedene Personalfragen, erklärt der Redner, er könne es nicht sein, der die entsprechenden Änderungen im Schematismus durchführe. Die Frage der fallweisen Beschäftigung von Bestattungsarbeitern sei eigentlich eine gewerkschaftliche Frage.

Im Jahre 1950 ist ein Stichtag für eine Änderung der Kohlenpreise, da das Verhältnis des Schilling zum Dollar für die Kohlenimporte am 1. Juli oder einem späteren Tag geändert werden wird. Der Redner werde sein Möglichstes tun, um die Aktion für verbilligte Kohle noch weiterzuführen; sonst werde der Fall eintreten, daß wir Ruhrkohle zum Kurse von 21.36 S und Ostrauer Kohle zum Kurs von 16.60 S beziehen müßten. Dies wäre eine harte und gefährliche Belastung. Doch werde alles getan werden, um diesen Termin möglichst lange hinauszuschieben.

An dem großen Problem der Fernheizwerke wird von der Beamtenschaft der E-Werke gearbeitet, es ist aber noch nicht abzusehen, wann dieses Projekt zur Verwirklichung kommen kann.

Es ist daran gedacht, noch einen dritten Hochleistungskessel zu konstruieren, denn kalorische Werke sind zur Spitzendeckung und zum Ausgleich erforderlich.

Der Redner geht schließlich noch auf die Ausführungen des GR. Sigmund ein und dankt für das Interesse, das seiner Geschäftsgruppe entgegengebracht wird.

Bei der Abstimmung werden die Anträge betreffend Genehmigung der Ansätze dieser Geschäftsgruppe angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag und die Anfrage wurden von dem GR. Doppler zurückgezogen.

Damit sind die Beratungen über den Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1950 beendet.

Bürgermeister Dr.h.c. Körner schließt die Sitzung mit einer Ansprache. Er sagte u.a.

"Mit der Verabschiedung des Voranschlages für 1950 hat der Gemeinderat wohl den wichtigsten Entschluß des ganzen Jahres gefaßt und besiegelt, einen Entschluß, der richtunggebend und bindend für die Verwaltung der Stadt Wien im Jahre 1950 ist, nach welchem die Ausschüsse des Gemeinderates und der Magistrat als die Exekutive zu handeln haben. Es ist der Wille der Mehrheit in diesem Hause, der in diesem Gemeindehaushalt seinen Ausdruck findet. Erlauben Sie mir nun als Bürgermeister und als Vorsitzender des Gemeinderates, Ihnen allen sowie allen Mitarbeitern an diesem Voranschlag in meinem Namen sowie im Namen des Stadtsenates für Ihre anstrengende und verantwortungsvolle Arbeit aufrichtig zu danken. Ich danke aber auch herzlich für alle Kritik und alle Anregungen, die während der Behandlung des Voranschlages im Verlauf der Debatte geäußert wurden, und zwar allen ohne Unterschied der Partei.

Wie schon die ganze Zeit bisher, lasse ich mir meine Ideale nicht rauben, in erster Linie nicht, daß der Mensch gut ist. Deshalb ist es meine Überzeugung, daß jeder einzelne von Ihnen, verehrte Mitglieder des Gemeinderates, wie auch jede Partei von dem ehrlichen Willen besetzt war, das Beste für die Bevölkerung Wiens anzustreben und im Gesetz zu verankern. Selbst jene, die den Voranschlag oder Teilen desselben nicht zugestimmt haben, werden diesem Budget, auch wenn ihre Wünsche nicht erfüllt werden konnten, kaum die innerliche Anerkennung versagen, weil es ja doch ein Budget des unverkennbaren Willens zum Wiederaufbau der Stadt und zu einer geordneten Verwaltung ist. Die Art und Weise, wie die Steuern und Abgaben eingehoben und wie sie verwandt werden, und der Weg auf dem ^{für} das Wohl der Bevölkerung vorgeschritten werden soll, mag strittig sein. In dieser Hinsicht allein können die Wege vielleicht auseinander gehen. Aber daß jede Partei das Beste für die Wiener Bevölkerung will, in diesem Glauben lasse ich mich nicht beirren.

Nun aber ist die Entscheidung über den Weg gefallen, der für das Wohl der Bevölkerung gegangen werden soll. Es ist der Beschluß der Mehrheit dieses Hauses, daß jeder, der ein Demokrat ist, zu befolgen hat. Meine persönliche Ansicht ist es nun: Hiemit sollte sich in gewissem Sinn die politische Tätigkeit des Gemeinderates,

des einzelnen und der Parteien ändern. War in der Debatte die schärfste Kritik, ja selbst die Negation des Voranschlages zulässig, so hätte von jetzt ab nur eine Kritik dafür Geltung zu haben, die prüft, ob dem Beschluß des Gemeinderates in der Verwaltung am besten Rechnung getragen wird. Dies ist meiner Auffassung nach hier ehrliche Demokratie.

Einem Kranken muß man zur Genesung Zeit und Ruhe lassen. Für eine kranke Wirtschaft, für eine Bevölkerung, die nach den Jahren des Faschismus und des zweiten Weltkrieges noch immer große Opfer bringen muß, die noch immer in ihren Beschlüssen in staatsrechtlicher Beziehung nicht frei ist, als gesellschaftlich nicht gesund angesehen werden kann, gilt dasselbe. Man sollte ruhig handeln, ruhig nach den obengefaßten Beschlüssen der Mehrheit arbeiten lassen, keine unnötige, künstliche Aufregung und Unruhe erzeugen. Dies zu berücksichtigen, bitte ich Sie alle, verehrte Mitglieder des Gemeinderates ohne Unterschied der Partei.

Kaum fünf Jahre nach dem Ende des letzten Krieges können doch nicht alle Wunden des Faschismus und Krieges beseitigt sein und alle unmöglich zu erfüllenden Wünsche vorgebracht werden. Ich habe dies in meiner ersten Rede im neuen Gemeinderat ausführlich begründet.

Aber bedenken Sie doch immer, wie war der Zustand Wiens im April 1945 und wie ist er heute? Dieser Vergleich sollte immer und immer gemacht werden, damit die gute, arbeitsame, opferwillige Bevölkerung sich doch des nicht wegzuleugnenden Fortschrittes erfreuen und mit Zuversicht den harten weiteren Weg gehen kann.

Wenn das Verlangen gestellt wird, wir sollten in der Gemeinde, in der Steuerpolitik, in den Fragen der Besoldung unserer Beamten, Angestellten und Arbeiter, im Mietengesetz, im Wiederaufbaugesetz, ja sogar in der Justiz eigene Wege gehen, die uns im Gegensatz zur Regierung und in Gegensatz zu den vom Nationalrat beschlossenen Gesetzen bringen, so wollen Sie doch beachten, daß ich auch Landeshauptmann bin und in dieser Funktion mit dem Magistrat für die Einhaltung der Gesetze zu sorgen habe.

Die Stadt ist doch die Bundeshauptstadt und ihr Schicksal hängt doch selbstverständlich vom Schicksal der ganzen Republik ab.

24. März 1950

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 627

Deshalb gilt auch auf diesem Gebiet ausschließlich nur die Demokratie und das Gesetz der gegenseitigen Verständigung.

Zum Schluß aber spreche ich noch den Dank an die gesamte Bevölkerung der Stadt für die Einsicht und Geduld aus, die sie in dieser ungemein schwierigen Zeit, die wir jetzt durchleben, aufgebracht hat und noch aufbringen muß!"

Öffentlicher Wettbewerb Wohnhausbau Wien 18., Paulinengasse
=====

abgeschlossen
=====

24. März (Rath.Korr.) Die Stadt Wien hat bekanntlich vor zwei Monaten einen öffentlichen Wettbewerb für alle Wiener Architekten ausgeschrieben, nicht um für ein konkretes Bauvorhaben einen Ausführungsentwurf zu erlangen, sondern um für die Planungsaufgaben, die der soziale Wohnungsbau in Wien bietet, die besten Fachleute heranzuziehen. Vor allem aber ging es darum, diesmal auch der jüngeren Architektenschaft Gelegenheit zu geben, sich an einem konkreten Projekt zu versuchen und ihr Können zu zeigen. Denn der soziale Wohnungsbau macht es notwendig, daß die heranwachsende Generation sich mit den fachlichen Problemen vertraut macht, um den zukünftigen viel größeren Aufgaben gewachsen zu sein. Als Entwurfsobjekt, mit dem sich die Bewerber mit den gestellten Problemen auseinandersetzen hatten, war das städtische Wohnbauvorhaben in der Paulinengasse in Währing gewählt worden.

Der Wiederhall und das Ergebnis des Wettbewerbes waren gleichermaßen sehr ermutigend:

139 Bewerber haben ihre Entwürfe eingereicht und insgesamt 149 verschiedene Lösungen vorgeschlagen. Die fachliche Qualität der Wettbewerbe war durchschnittlich ungemein befriedigend und die Jury konnte einen strengen, den höchsten Ansprüchen genügenden Maßstab mit gutem Gewissen anlegen.

Folgende Vertreter der Stadt Wien und der Architektenschaft Österreichs stellten das Preisgericht:

Der Amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI - Bauwesen, Franz Jonas, Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Hans Gundacker, der Konsulent der Stadt Wien für Architektur und Städtebau, Prof. Franz Schuster, Senatsrat Dipl.Ing. Ferdinand Hosnedl, Oberbaurat Dipl.Ing. Hans Stöhr, Senatsrat Dipl.Ing. Hans Schneider, Prof. Dipl.Ing. Arch. Erich Boltenstern, Prof. Baurat h.c. Arch. Dipl.Ing. Siegfried Theiss, Ing.Kons. Oberbaurat i.R., Dipl.Ing. Dr. techn. Otto Gröger; als Ersatzmänner fungierten Arch. Josef

Horacek und Arch. Stefan Simony.

Zur Verteilung gelangten folgende Preise:

1. Preis: S 5.000
2. Preis: S 4.000
3. Preis: S 3.000
- 10 Ankäufe a S 1.000

und belobende Anerkennungen des Preisgerichtes ohne besondere Entschädigung.

Dieses Preisgericht hat gestern sein Gutachten abgeschlossen und die Preise folgendermaßen verliehen:

Den 1. Preis an die Dipl.Ing. Wilhelm Reichel und Hans Riedl, den 2. Preis an die Arbeitsgemeinschaft Ziv.Arch. Anton Valentin und Fritz Punzmann, den 3. Preis an Arch.Prof.Dr. F. Lehmann. Weiters wurden folgende Ankäufe vorgenommen: die Projekte der Architekten Z.V. Viktor Adler und Hans Paar, Arch.Dipl. Ing. Friedrich Lang und seines Mitarbeiters Ing. Herbert Komlanz, des Dipl.Arch. Florian Omasta, des Arch.Z.V.Dipl.Ing. Rudolf Pamlistschka, des Arch.Ing. Oskar Payer, des Ing. Herbert Prehslar und seines Mitarbeiters Ing. Richard Winkler, des Arch.Dipl.Ing. Walter Proche, des Dipl.Arch. Walter Schmutzer, der Arch. Grete Schütte-Lihotsky mit Arch.Prof. W. Schütte und des Dipl.Ing. Alfred Wanko.

Die belobende Anerkennung wurde folgenden Teilnehmern des Wettbewerbes für ihre Projekte zuerkannt:

Arch.Dipl.Ing. Paul und Nadia Artmann, Arch.Dipl.Ing. Walter Hübner, Arch.Dipl.Ing. Carl Machtlinger, Dipl.Arch. Helmut Schinzel und Dipl.Ing. Will Orawa und Arch.Dipl.Ing. Fritz Waage und Arch.Dr. Wilhelm Kroupa.

Die ersten drei Preise werden in der Fachzeitschrift des Stadtbauamtes "Der Aufbau" veröffentlicht werden. Eine Pressekonferenz in der die Preisrichter den Interessenten die einzelnen preisgekrönten Projekte erläutern werden, wird in den nächsten Tagen einberufen werden.

Der Wettbewerb hat bewiesen, daß im sozialen Wohnungsbau trotz der strengen Einhaltung notwendiger Vorschriften viele reichhaltige Möglichkeiten vorhanden sind und daß die Wiener Architektenschaft ihr Bestes zur Lösung der Probleme des modernen Wohnungsbaues gegeben habe.

"Grund und Boden"
 =====

24. März (Rath.Korr.) In der Ausstellung des Volkshausbildungshauses Margareten über "Städtebauliche Probleme von Wien in der Gegenwart", hält am Sonntag, dem 26. März, um 10.30 Uhr, Dipl.Ing. F. Pangratz einen Vortrag über "Grund und Boden". Anschließend Führung gemeinsam mit Arch. Edith Matzalik. Eintritt frei.

Die Ausstellung ist täglich von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr bei freiem Eintritt allgemein zugänglich.

Institut für Wissenschaft und Kunst
 =====

Vorträge in der Woche vom 27. März bis 1. April

24. März (Rath.Korr.)

Montag, 27. März, 18.30 Uhr. Prof. Dr. Walter Wunderlich:
Minimalflächen.

Dienstag, 28. März, 18.30 Uhr, Dr. Eugen Steinemann (Schweizerisches Sozialarchiv Zürich): Mitsprache und Mitbestimmung im Betrieb.

x

Freitag, 31. März, Dr. Rudolph Franz Brauner:
 Johann Sebastian Bach und die Musik von Heute.

Vor und nach dem Vortrag: Johann Sebastian Bach: Sonate in D-dur für Violoncello und Klavier (Werner Adler - Walfriede Adler). Paul Hindemith: Sonate 1945 für Violine und Klavier (Friedrich Wührer jun., Hans Kann).

Eintrittspreis S 3.-.

Achtung! Aufruf vier Wochen aufbewahren!

65/1-4 Landesverehrungsamt Wien **Lebensmittelaufruf** für die Zeit vom 27.3. - 23.4. 1950

Lebensmittel		Normalkarten										Zusatzkarten									
		K1st		K1k		K		Jgd		E		Sst		S		A		M			
		0-3		3-6		6-12		12-18		üb. 18		Schwererl.		Schwererh.		Arbeiter		Mütter			
		Menge	Obs.	Menge	Obs.	Menge	Obs.	Menge	Obs.	Menge	Obs.	Menge	Obs.	Menge	Obs.	Menge	Obs.	Menge	Obs.		
Fleisch	Fleisch	8	100	1	100	1	100	1	100	1	100	1									
	"	•	100	2	100	2	100	2	100	2	100	2									
	"	•					100	3	100	3	100	3									
	"	•					100	4	100	4	100	4									
	" (Kleinabschnitte)	•	200	4 Stk	600	12 Stk	600	12 Stk	600	12 Stk	600	12 Stk	600	12 Stk	600	12 Stk	200	4 Stk	400	8 Stk	
Fett	a Kunstspeisefett od. Speisöl	•								200	5	200	5	400	5				200	5	
	"	•								200	6	200	6	100	6						
	"	•					100	9	100	9	100	9									
	"	•					100	10	100	10	100	10									
	b Schmalz (Importware)	•							200	7	200	7	200	7	120	7					
	"	•							200	8	200	8									
	"	•					100	11	100	11	100	11									
	"	•					100	12	100	12											
	Butter	•	125	5	250	5	125	5	250	5											
	"	•	125	6	250	6	125	6	250	6											
Zucker	Zucker	•	640	13	640	13	640	13	640	13	640	13							400	13	
	"	•	640	14	640	14	640	14	640	14	640	14									
	Milch	Frischmilch tägliche	1	1	1/2	1/2	1/2	1/2												1/2	
		" pro Woche	•								6/8										

Außerdem täglich 1/4 Liter Frischmilch für werktätige

Jugendliche auf Grund der Zusatzkarte Jgd/Z

Abgabe auf den Kundenausweis

- a) Ohne Anspruch auf eine bestimmte Warenart; Ausgabe in d. 1. u. 2. Woche
 b) Ausgabe von Schmalz in der 3. und 4. Woche.

Strenge Untersuchung baufälliger Häuser

=====

24. März (Rath.Korr.) Der neue Amtsführende Stadtrat für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Dr. Robetschek, besuchte gestern mit Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Bundacker die Einsturzstelle in der Ramperstorffergasse und überzeugte sich von den getroffenen Sicherungsmaßnahmen.

Er wird veranlassen, daß von der Baupolizei eine strengere Untersuchung des Bauzustandes derartig beschädigter Häuser vorgenommen wird und die Hauseigentümer mit Nachdruck verpflichtet werden, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um in Hinkunft derartige das Leben der Bewohner unserer Stadt bedrohende Vorkommnisse zu vermeiden.

Was Wien für die Randgemeinden leistet

=====

24. März (Rath.Korr.) Stadtrat Resch kam in seiner Budgetrede im Wiener Gemeinderat auch auf eine Protestversammlung der Randgemeinden zu sprechen, die vor wenigen Tagen in Mödling stattfand. In dieser Versammlung wurde behauptet, daß die Gemeinde Wien in vier Jahren in den Randgemeinden nicht mehr als 25 Millionen Schilling investiert habe, während sie von ihnen jährlich 25 Millionen Schilling an Steuern einnimmt.

Stadtrat Resch stellte richtig, daß nach einer vom Magistrat gewissenhaft aufgestellten Rechnung in den viereinviertel Jahren, vom 1. April 1945 bis 30. Juni 1949, für die Wiener Randgemeinden 126 Millionen Schilling ausgegeben wurden, während, selbst bei der Annahme, daß pro Kopf der Bevölkerung der ländlichen Randgemeinden ebensoviel an Steuern eingegangen ist wie bei der Stadtbevölkerung, die Einnahmen einschließlich der Ertragsanteile an den Bundessteuern im gleichen Zeitraum nur 93 Millionen Schilling betragen haben. Die Gemeinde Wien hat also in diesen viereinviertel Jahren 33 Millionen Schilling aus den Steuererträgen des alten Stadtgebietes dazu verwendet, um die ärgsten Schäden in den Randgemeinden zu beheben und die notwendigen Investitionen zu machen.

Stadtrat Resch gab hierauf einige Beispiele der gemachten Investitionen. In den Randgemeinden wurden ausgegeben: für Schulen 10 Millionen, für den Wohnungsbau 9 Millionen, für den Straßenbau 14 Millionen, für Brücken- und Wasserbauten 12 Millionen, für die Kanalisation 6 Millionen, für Gärten 1 Million, für Bäder 1.8 Millionen, für die zwei Spitäler in Mödling und Klosterneuburg 4.5 Millionen, für Kindergärten, Erholungsfürsorge, Jugendfürsorge, Erziehungsheime und für den Kranken- und Rettungsdienst 6.2 Millionen Schilling. Allein diese hier beispielsweise aufgezählten Anschaffungen und Investitionen betragen 64.5 Millionen Schilling. Neben den Investitionen war natürlich auch der gesamte Personal- und Sachaufwand für die Verwaltung der Randgemeinden zu tragen.